

# Antrag

---

*Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Friedrichshain-Kreuzberg möge beschließen:*

*Der Landesparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Berlin möge beschließen:*

## **Einführung einer Mietenabgabe**

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats werden aufgefordert, das Konzept der Mietenabgabe auf seine juristische Tragfähigkeit zu überprüfen und umzusetzen, sofern diese auf Landesebene Bestand haben kann. Der Ertrag aus der Abgabe sollte sozialen Zwecken gewidmet werden, beispielsweise dem sozialen Wohnungsbau.

Es sollte eine progressiv gestaffelte Abschöpfung erfolgen, je nach Höhe des Abstandes der ortsüblichen Vergleichs- und von Mietern tatsächlich gezahlter Miete.

Sogleich werden die Mitglieder des Abgeordnetenhauses sowie des Senats, auch unabhängig von dem Ergebnis der juristischen Prüfung des Vorschlags zur Mietenabgabe, dazu aufgefordert, die Einführung eines Mietenkatasters anzustrengen. Dieser kann mehr Transparenz über die tatsächlich gezahlten Mieten, Eigentumsverhältnisse und Ausstattungen der Wohnungen bieten und ist Voraussetzung für die Einführung einer etwaigen Mietenabgabe.

## **Begründung**

Für die Einführung einer Mietenabgabe liegt ein Konzept des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vor, siehe DIW aktuell Nr. 75 vom 08. November 2021. Zwar wird das Instrument zur Abschöpfung der enormen Bodenwertsteigerungen dort als "Mietensteuer" bezeichnet, jedoch ließe sich dieser Vorschlag in Form

eines Gesetzesentwurfes auch als Abgabe ausgestalten. Ein Gesetzesentwurf zu diesem Instrument sollte sich an diesem Konzept des DIW orientieren.

Laut der Senatsverwaltung der Finanzen des Landes Berlin wäre die Ausgestaltung eines Gesetzesentwurfes zur Mietenabschöpfung mit dem genannten Instrument in Form einer Abgabe anstatt in Form einer Steuer rechtlich möglich. So heißt es in der Antwort der Senatsverwaltung auf die schriftliche Anfrage der SPD-Abgeordneten Lars Rauchfuß und Mathias Schulz vom 24. März 2022: "Alternativ bliebe allerdings die Ausgestaltung in Form einer Abgabe. Dafür spricht sich im Übrigen das DIW aus und sieht entweder eine Sonderabgabe mit Abschöpfungsfunktion oder eine Vorteilsabschöpfung als Möglichkeit."

Ohnehin habe die Regierungskoalition in die Richtlinien ihrer Politik übernommen, dass sie "Vorschläge für eine progressive Steuer oder Abgabe auf überdurchschnittlich hohe Mieteinnahmen" prüfen wolle, heißt es weiter.

Pro Jahr seien laut DIW mit rund 200 Millionen Mehreinnahmen für das Land Berlin zu rechnen, wenn die Mietenabgabe eingeführt würde. Über diese zusätzlichen haushaltlichen Mittel ließe sich beispielsweise der so wichtige Wohnungsneubau finanzieren.

Es ist technisch nahezu unmöglich für Vermieterinnen und Vermieter, ihre Mehrkosten auf die Mieterinnen und Mieter abzuwälzen. Das Vergleichsmietenrecht verhindert hier eine Mieterhöhung weitgehend. Zudem sorgt eine progressive Ausgestaltung des Instruments dafür, dass je höher der Vermieter die Miete ansetzt, er umso weniger Ertrag macht.

Die Mietenabgabe wäre zudem weit effizienter als beispielsweise eine Bodenwertzuwachssteuer, da durch sie nur geächtet wird, wer auch wirklich Mieten verlangt, die weit höher sind als im lokalen Durchschnitt.

Gerade, wenn die von der Berliner Landesregierung eingesetzte Expertenkommission zur Prüfung der Rechtssicherheit einer Enteignung von großen Wohnungskonzernen in Berlin zu dem Ergebnis kommt, dass diese nicht umzusetzen ist, bräuchte es vom Berliner Senat Alternativen. Der Wille der Bevölkerung, der sich im Volksentscheid klar ausgedrückt hat, muss in der Politik widerspiegelt werden. Es gibt eine eklatante Wohnungsknappheit und horrenden Mieten, die den Berlinerinnen und Berlinern stark zusetzen. Kein Mittel darf hier

unangetastet und unerprobt bleiben, das potenziell einen Beitrag zur Verringerung des Problems leisten könnte. Unabhängig vom Ergebnis der Expertenkommission muss deswegen schleunigst an der Umsetzung eines Gesetzesvorhabens zur Mietenabgabe gearbeitet werden.

Initiator: Joschka von Polenz